Aktionsgemeinschaft - gegen den geplanten Tank- und Rastplatz an der A63 bei Steinbach
Sprecher: Michael März Brühlstr. 12 Steinbach am Donnersberg

Offener Brief an die Bürger von Standenbühl

Am Samstag den 27.9.2008 war in der Rheinpfalz eine ganze Seite zum Thema Autohof und Raststätte Steinbach enthalten. In der Überschrift war zu lesen „Auch nach drei Jahren ist keine Entscheidung in Sicht“. Die zuständige Behörde wurde zitiert, dass eine Nennung eines Zeithorizonts zum Erlass des Planfeststellungsbeschlusses derzeit selbst überschlägig nicht möglich sei. (siehe auch: http://www.a63.steinbach-am-donnersberg.de/Ab2005/Ab2005.htm)

Vor einem Jahr habe ich als Sprecher der Aktionsgemeinschaft, die Problematik eines solchen Standortes unter den besonderen klimatischen Bedingungen bei Steinbach aufgezeigt. Dort wurden auch erstmals neue Gutachten durch die Behörden ins Spiel gebracht, die zu dem Zweck erstellt worden waren, unsere Einsprüche aus dem Jahr 2005 zu entkräften.

Aus diesen neuen Gutachten kann man aber auch die massive Beeinträchtigung insbesondere der Einwohner von Standenbühl durch Abgase, Feinstaub und Lärm herauslesen. Verursacher sind die Kaltlüftströme vom Donnersberg, die über den Rastplatz in Richtung Standenbühl treiben.

Der heute immer noch unklare Zeithorizont deutet darauf hin, dass wir am Erörterungstermin auf massive Planungsfehler hingewiesen haben, die zu heilen nicht ohne Weiteres möglich sind.

Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass Sie als betroffene Bürger von Standenbühl nicht in das Planfeststellungsverfahren 2005 offiziell einbezogen wurden. Die Pläne hätten in der Verbandsgemeinde Göllheim ausgelegt und Sie als betroffene Bürger zur Einsicht aufgefordert werden müssen.

Diese Tatsache beantwortet auch die mehrfach von Außen an uns herangetragene Frage, warum die Bevölkerung von Standenbühl den geplanten Bau der Raststätte so schweigend hinnimmt. Dies wurde von Außenstehenden teilweise als Desinteresse beurteilt. Durch die fehlenden Informationen aus der Verbandsgemeinde ist klar, warum Sie sich bisher nicht so einbringen konnten, wie es von einigen erwartet wurde.

Das Planfeststellungsverfahren ist mit dem Erörterungstermin für die Bürger grundsätzlich abgeschlossen, aber seit den Ausführungen im Rahmen des Erörterungstermins hat sich die Gemeinde Steinbach durch ihre Gemeindevertreter und Bürgermeister hinter unsere Ausführungen, Einwände und Forderungen gestellt und somit unsere Arbeit der Analyse der Pläne, den Schutz des persönlichen Wohnwertes und sinnvoller Alternativen nicht nur gewürdigt, sondern damit auch aktiv unterstützt.

Deshalb unsere Bitte und Aufruf an die Gemeinde Standenbühl:

Fragen Sie Ihre Gemeindevertreter wie diese zu der Raststätte stehen
Fragen Sie nach ihren Argumenten
Fragen Sie, ob sie einen Nutzen durch den Bau der Raststätte sehen, der die Gesundheitsrisiken und das verringerte Wohlbefinden der Bürger von Standenbühl rechtfertigt

Wenn beide Gemeindevertreter den Standort gemeinsam öffentlich ablehnen, wäre das ein großer Erfolg zur Erhaltung des persönlichen Wohnwerts eines jeden Bürgers.
Nutzen Sie diese Chance!
Weiter besteht auch hier die Gefahr, dass in einer Bürokratie, ein Prozess der irgendwann mal ins Rollen gekommen ist, sinnlos weitergetrieben wird und letztendlich die unsinnigen weiteren Planungskosten nur zu Lasten von uns Steuerzahlern geht.

Für Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

Michael März